



Diese Arbeit ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz „Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland“. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Weitere Informationen finden sich hier: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

**Studienbegleitende Hausarbeit
im Ergänzungsfach Politikwissenschaften**

Agonismus im Politischen bei Mouffe und die Theorie des Empires bei Hardt und Negri

- Ein Theorienvergleich -

Jan H. Terstegge

Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Sommersemester 2009
Veranstaltung: Über das Politische –
Lektürekurs Chantal Mouffe
Veranstalter: Prof. Dr. Detlef Sack

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung.....	3
2 Biographischer Hintergrund.....	5
3 Mouffe: Über das Politische.....	6
3.1 Situationsanalyse.....	6
3.2 Kritik der kosmopolitischen Theorien.....	7
3.3 Mouffes Konzept.....	8
4 Hardt/Negri: Empire und Multitude.....	10
4.1 Das Empire.....	10
4.2 Die Multitude.....	13
5 Mouffe versus Hardt/Negri: Kritik an der Empire/Multitude-Theorie.....	16
6 Systemreformen zur Problembhebung.....	18
6.1 Mouffe: Multipolare Weltordnung und Umdenken der Politik.....	18
6.2 Hardt und Negri: Stärkung der Multitude durch mehrere Ansätze.....	19
7 Fazit.....	21
8 Quellen.....	23

1 Einleitung

In den meisten westlichen Gesellschaften wird seit einigen Jahren eine Politik betrieben, die einen konsensualen Weg als optimalen Weg zur Lösung vieler gesellschaftlicher Probleme ansieht. Autoren wie Ulrich Beck, Anthony Giddens oder Jürgen Habermas vertreten zwar unterschiedliche Ansätze, in ihrem Grundtenor sind sich diese Theorien jedoch ganz ähnlich, da sie dafür plädieren, einen gemeinschaftlichen Weg einzuschlagen.

Einen anderen Weg schlagen dabei einige, als „links“ charakterisierte Autoren¹ wie Michael Hardt und Antonio Negri oder Chantal Mouffe ein. Sie sehen in dem Bestreben nach Konsens in einer globalisierten Welt Gefahren für die Gesellschaft.

In ihrer Streitschrift „Über das Politische“ setzt sich Mouffe kritisch mit den Theorien der zweiten Moderne auseinander. Ihrer Meinung nach wird von vielen Soziologen und Politikwissenschaftlern die Auffassung vertreten, dass sich die gegenwärtige Gesellschaft in einem besonderen Stadium der ökonomischen und politischen Entwicklung befindet, „in der sich die Individuen, befreit von kollektiven Bindungen und unbehindert durch antiquierte Anhänglichkeiten, der Kultivierung mannigfaltigster Lebensweisen widmen könnten“ (Mouffe 2007: 7). Grundlegend für diese Sichtweise ist, so Mouffe, dass Globalisierung als ein positiver Schritt in eine Demokratie des Konsens wahrgenommen wird. Mouffes Ansicht nach ist dies jedoch falsch und mit verschiedenen politischen Gefahren verbunden. Dies legt sie anhand der kritischen Analyse verschiedener kosmopolitischer Perspektiven und ihrer eigenen Einschätzung zur Lösung der aktuellen Probleme dar.

Michael Hardts und Antonio Negris Werke „Empire“ und „Multitude“ legen zugrunde, dass der „Trend“ zur Globalisierung ein neues Empire hervorbringt. Dies grenzen sie vom historischen Begriff des Empires (z.B. dem britischen Empire) ab und skizzieren einen neuen Typus von Staat: das Empire, welches als dezentral organisierte, postkoloniale Macht beschrieben wird, deren Einflussbereich über die bekannten Staatsgrenzen hinaus reicht. Nach Hardt und Negri ist das Empire ein politisches Subjekt, welches den globalen Austausch des Marktes reguliert. Das Empire bringt die alten Ordnungen dreier Welten (der 1., 2. und 3. Welt) durcheinander. Es ist ein Regime, welches nicht durch Eroberung hervorgegangen ist, sondern das „wirklich über die gesamte ‚zivilisierte‘ Welt herrscht“ und dadurch in der Lage ist, die Welt in ihrer jetzigen Form zu erschaffen. (Hardt/Negri 2003: 9ff.)

In dieser Arbeit möchte ich die zentralen Hypothesen von Chantal Mouffe sowie Michael Hardt und Antonio Negri herausarbeiten und aufzeigen, welche Reformen des Systems die Autoren als

¹ Zur leichteren Lesbarkeit des Textes wird im Folgenden nur das generische Maskulinum verwendet. Selbstverständlich bezieht sich die Darstellung ebenso auf Frauen.

notwendig zur Lösung bestimmter gesellschaftlicher Probleme erachten. Insbesondere werde ich dabei die Gründe Chantal Mouffes inkludieren, welche sie die Arbeiten von Hardt und Negri „mangelhaft“ (Mouffe 2007: 142) nennen lässt und sie in einer Linie mit anderen Arbeiten zum „Dritten Weg“ sieht, obwohl Hardt und Negri auf einen ersten Blick einen deutlich anderen Ansatz verfolgen.

Beginnend mit einem kurzen Überblick über die Biographien der Autoren, um einen Eindruck des politischen Hintergrundes zu gewinnen, werde ich daran anschließend zunächst die Arbeiten von Mouffe sowie Hardt und Negri untersuchen (Abschnitte 3 und 4), dann Mouffes Kritik an der Empire-Theorie herausarbeiten (Abschnitt 5) und zuletzt die möglichen Mittel und Wege, die in beiden Konzepten genannt werden, gegenüber stellen (Abschnitt 6). Abschließend werde ich zusammenfassen, an welchen Stellen die Theorien konvergieren und divergieren sowie eine eigene kurze Einschätzung zu beiden Theorien darstellen.

2 Biographischer Hintergrund

Um einen besseren Überblick über beide Theoriekomplexe zu haben, scheint es sinnvoll, einen Blick auf den biographischen Hintergrund der Autoren zu werfen.

Chantal Mouffe, geboren 1943 in Belgien, engagierte sich während ihres Studiums in den studentischen Bewegungen der 60er Jahre. Dort lernte sie auch Ernesto Laclau kennen, mit dem sie 1985 das vielbeachtete post-marxistische Werk „Hegemonie und radikale Demokratie“ veröffentlichte. Mouffe lehrte und forschte unter anderem in Harvard, Princeton und dem CNRS Paris. Seit Mitte der 90er Jahre hat sie die Professur für politische Theorie an der University of Westminster inne und beschäftigt sich inhaltlich mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa. (Nonhoff 2007, Mouffe 2009)

Michael Hardt wurde 1960 in den USA geboren und studierte Ingenieurwissenschaften. Neben seiner Tätigkeit als Ingenieur eines Unternehmens für Solartechnik in Italien fing er nach seinem Studium an, sich für die Rechte von Immigranten in Südamerika zu engagieren. Anfang der 80er Jahre kehrte er in die USA zurück um in Seattle in vergleichender Literaturwissenschaft zu promovieren. Danach wechselte er nach Paris, wo er Antonio Negri, der in der Folge auch seine Habilitation betreute, kennen lernte. 1994 folgte Hardt einem Ruf als Professor für Literaturwissenschaft an die Duke University/USA. Seitdem arbeitete er zusammen mit Negri an den Hauptwerken „Empire“ und „Multitude“. (Kreisler 2004, Lauermaun 2006, Vulliamy 2001)

Antonio Negri hat wohl den schillerndsten Lebenslauf der drei hier untersuchten Autoren. Geboren 1933 in Italien, wurde er Professor für Politikwissenschaften an der Universität Padua. Dort engagierte er sich in der außerinstitutionellen Linken (Arbeiterrechte-Organisation *Potere Operaio*, marxistische Gruppe *Autonomia*). 1979 wurde er angeklagt, Kopf der Roten Brigaden und für die Ermordung Aldo Moros verantwortlich zu sein. Er wurde zu 13 Jahren Haft verurteilt. 1983 wurde er als Mitglied des Parlaments gewählt und erhielt so Immunität gewährt. Als diese nach kurzer Zeit wieder aufgehoben werden sollte, nutzte er die noch bestehenden Rechte um nach Frankreich zu fliehen. Dort lebte er 14 Jahre und forschte und lehrte an der Université Paris VIII. Dort fing er die Entwicklung der Theorie des Empires an, beeinflusst durch Deleuze, Foucault und andere. 1997 kehrte er in der Hoffnung auf Amnestie nach Italien zurück und verbrachte dort dann dennoch weitere 6 Jahre im Gefängnis. In dieser Zeit veröffentlichte er zusammen mit Hardt „Empire“. Seit 2003 ist Negri wieder frei. (Weltz/Pichler 2004, Negri/Scelsi 2009)

3 Mouffe: Über das Politische

3.1 Situationsanalyse

Mouffe sieht vor allem zwei Hauptprobleme der gegenwärtigen Situation. Aktuell besteht, so Mouffe, ein Trend, die Weltordnung als befriedet und geeint darzustellen. Tatsächlich ist dies aber nicht der Fall, so Mouffe weiter. Die Demokratie, die vor allem in den meisten westlichen Staaten verbreitet ist, hat einen deutlichen Legitimationsverlust erfahren. Rechtspopulistische Parteien haben einen deutlichen Zulauf an Wählern und Unterstützern, dies kann in ganz Europa beobachtet werden. In vielen Ländern etablierten sich daher zahlreiche rechte Parteien, so zum Beispiel in Frankreich oder Österreich. Nach Mouffe ist diese Anziehungskraft insbesondere bei Parteien des rechten Spektrums festzustellen, grundsätzlich sind aber alle Parteien, die sich gegen das bestehende System richten („Anti-Establishment-Parteien“) indem sie eine andere Alternative anbieten, für die Wähler von Interesse. (Mouffe 2007: 87ff.)

Die primäre Ursache für diese Anziehungskraft liegt darin, dass zwischen den meisten demokratischen Parteien (meist sozialistische/sozialdemokratische, konservative, christdemokratische oder liberale/liberaldemokratische) kaum Unterschiede erkennbar sind. Daher ist die Möglichkeit der kollektiven Identitätsbildung nicht mehr gegeben. Die populistischen Parteien jedoch bieten, zumindest in der Außenansicht, diese Identitätsbildung an, indem sie ihren Unterstützern eine scheinbare Entscheidungsmacht anbieten. Die etablierten Parteien schränken sich dabei in ihrer Arbeit gegen diese populistischen Parteien ein, indem sie ein konsensorientiertes Demokratieverständnis zugrunde legen und nicht die Möglichkeit haben, diese Parteien als legitimen politischen Gegner zu behandeln. (Mouffe 2007: 92f.)

Statt anzuerkennen, dass bestimmte Konfliktdimensionen untilgbar sind und in der Demokratie nicht abgeschafft werden können, tragen diese Parteien ihre Konflikte „im moralischen Register“ (Mouffe 2007: 11) aus. Dies bedeutet, so Mouffe, dass eine moralische Ebene geschaffen wird, auf der zwischen den „guten Demokraten“ und den „bösen Rechten“ unterschieden wird. Während diese „Gut/Böse“-Art der Moralisierung früher nur in der Außenpolitik üblich war, ist sie inzwischen auch in der europäischen Innenpolitik zu beobachten (Mouffe 2007: 95ff.). Hauptproblem dieser Moralisierung ist, dass „sich des eigenen Gutseins [versichert wird], indem man das Böse bei anderen brandmarkt“ (Mouffe 2007: 97f.). Die populistischen Parteien werden so zu einem Feind, den es zu vernichten gilt, gemacht.²

Neben der Bildung populistischer Parteien ist eine weitere Systemdifferenz als Ausdruck des Verlustes von kollektiver Identitätsbildung zu beobachten: der Terrorismus. Dieser entsteht nach Mouffe dann, wenn keine Möglichkeit mehr besteht, den eigenen Ausdruck der Unzufriedenheit

² Diese Moralisierung ist, so Mouffe, insbesondere im Falle der FPÖ in Österreich zu beobachten, welche im Jahr 2000 sogar bei den Nationalratswahlen zweitgrößte Partei und in der Folge regierungsbildende Partei wurde. (Mouffe 2007: 88f., 97)

auf friedlichem Wege öffentlich zu machen. Terrorismus ist dabei zumindest in der jüngsten Zeit gegenüber den USA zu beobachten, was nach Mouffes Ansicht Grundlage in der Hegemonie der Hypermacht USA hat. (Mouffe 2007: 106f.)

3.2 Kritik der kosmopolitischen Theorien

Zur Verdeutlichung ihrer Thesen analysiert Mouffe verschiedene Theorien der zweiten Moderne. Einen besonderen Schwerpunkt legt sie dabei auf Becks Konzept der Risikogesellschaft, auf Giddens Konzept des Dritten Weges sowie auf die Empire-Theorie von Hardt und Negri³.

Ulrich Becks These der Risikogesellschaft basiert darauf, dass die Industriegesellschaft starken Veränderungen unterworfen ist. Konstitutive Grundlagen der ersten Moderne wie Gewerkschaften und Parteien haben an Bedeutung verloren und gesellschaftliche Institutionen richten sich am Individuum statt an der Familie aus. Eine politische Unterscheidung zwischen Links und Rechts ist kaum mehr vorhanden. Nach Beck ist die Lösung für dieses Problem in der Entstehung einer subpolitischen Ebene zu suchen, in der sich Akteure außerhalb des traditionellen Spektrums bewegen und Widerstandsbewegungen gründen, die sich mit neuen Themen (zum Beispiel mit ökologischen Problemen) auseinandersetzen. (Mouffe 2007: 49ff.)

Anthony Giddens Konzept des dritten Weges beruht ebenfalls auf der Auffassung, dass die traditionellen Links-Rechts-Unterscheidungen seit Auflösung des sozialistischen Modells verschwinden und die Sozialdemokratie sich mit dem Ende des bipolaren Systems abgefunden hat. Das Erstarken von Individualismus führt dazu, dass eine neue „Politik der Lebensführung entsteht, [die] sich mit politischen Fragen [befasst], die aus Prozessen der Selbstverwirklichung in posttraditionalem Kontexten erwachsen, in denen [sich] globalisierende Tendenzen [...] bemerkbar machen und umgekehrt Prozesse der Selbstverwirklichung auf globale Strategien Einfluss nehmen“⁴. Die Politik der Lebensführung kann einen Ausweg aus der gesellschaftlichen Krisensituation darstellen, wenn sie gesellschaftlichen Druck zur Verbesserung der Demokratie ausübt. Die Autorität des Staates muss dabei aufrechterhalten, jedoch so reformiert werden, dass eine tatsächliche Demokratie herrscht.

Mouffe unterscheidet allgemein verschiedene Varianten der kosmopolitischen Sichtweise. Die neoliberale Sichtweise glorifiziert die Globalisierung und ist ideologisch so voreingenommen, dass Mouffe sie für nicht betrachtenswert hält. Der neoliberalen gegenüber steht die demokratische Sichtweise, bei der die Politik eine deutlich größere Rolle spielt. (Mouffe 2007: 119f.)

Bei der demokratischen Sichtweise unterteilt Mouffe weiter in einen zivilgesellschaftlich orientierten Ansatz, der als Ziel hat, „politische Konflikte durch einen offenen transnationalen

³ Im Folgenden Abschnitt werde ich dabei aufgrund der gebotenen Kürze nur oberflächlich auf die Theorien Becks und Giddens eingehen, eine ausführlichere Darstellung Mouffes Kritik an der Empire-Theorie folgt in Kapitel 5.

⁴ Giddens, A. (1991) „Modernity and Self Identity“: 214. Zitiert nach Mouffe 2007: 58f.

Ansatz⁵, zum Beispiel in Form einer globalen parlamentarischen Versammlung (GPV), zu lösen. Dieser Ansatz hat Ähnlichkeiten mit den Ansätzen Becks oder Giddens. Problematisch ist dabei, so Mouffe, dass der Staat als Hauptproblem angesehen wird und die Forderung enthält, dass zivilgesellschaftliche Netzwerke den Regierungen ihren Demokratisierungsprozess aufzwingen müssen. (Mouffe 2007: 122ff.)

Die politische Sichtweise setzt ihren Schwerpunkt auf die Ausweitung der Demokratie. Ziel der politischen Sichtweise ist die Schaffung von Verfahren und Institutionen (z.B. NGOs), die neben der politischen Repräsentation koexistieren. (Mouffe 2007: 121, 128)

Mouffe sieht die kosmopolitischen Ansätzen von Beck, Giddens und anderen, deren Hauptthese darauf basiert, dass sich politische Grenzen auflösen und es keine Identitäten mehr gibt, die durch eine Wir-Sie-Differenz konstruiert werden, äußerst kritisch, da auch in sehr individualistischen Gesellschaften die Möglichkeit einer kollektiven Identifikation notwendig ist. Ein basaler Kritikpunkt der kosmopolitischen Theorien ist dabei, dass der Typus des Fundamentalisten beziehungsweise Traditionalisten geschaffen wird, einem Gegner des Systems, der, aufgrund der eingeschränkten Gesamtperspektive der Theorien, nur als Feind, nicht jedoch als Gegner betrachtet werden kann. Feindschaft jedoch, so Mouffe, trägt „zur Verschärfung des antagonistischen Potentials einer Gesellschaft bei“ (Mouffe 2007: 8, 67).

3.3 Mouffes Konzept

Mouffe teilt die Ansicht von Beck und Giddens, dass sich die politische Situation verändert hat. Der Sozialismus beziehungsweise die Sozialdemokratie sind in ihrer alten Form verschwunden, da sie die vorherrschende Ansicht akzeptiert haben, dass es neben dem Neoliberalismus keine weitere Alternative einer sinnvollen Weltordnung gibt. (Mouffe 2007: 44)

Mouffe sieht jedoch in einer konsensorientierten Politik keinen Ausweg aus dieser Situation. Ihrer Ansicht nach ist es grundlegend falsch, das Ziel demokratischer Politik als ein Herstellen von Konsens zu begreifen, denn dies hat negative Auswirkungen auf das demokratische Denken. (Mouffe 2007: 9)

Grundlegendes Prinzip in Mouffes Theorie ist dabei die Differenz zwischen Antagonismus und Agonismus. Anders als die konsensorientierten Theoretiker geht Mouffe davon aus, dass es einen Antagonismus, eine Wir/Sie-Differenz innerhalb der Gesellschaft geben muss, da dies den pluralistischen Charakter der Demokratie ausmacht. Während die konsensorientierten Theorien jedoch höchstens den Traditionalisten als zu vernichtenden Gegner generieren, welcher außerhalb der Gesellschaft steht, geht Mouffe davon aus, dass es in einer Gesellschaft grundsätzlich einen gewissen Antagonismus geben muss. Die Besonderheit der demokratischen Politik liegt

⁵ Strauss, A./Falk, R. „The Deeper Challenges of Global Terrorism: a Democritizing Response“. In: Archibugi, D. 2003 „Debating Cosmopolitics“: 203. Zitiert nach Mouffe 2007: 121f.

dabei in der Art und Weise, wie dieser Antagonismus etabliert wird (Mouffe 2007: 22, 25). Diese besondere Art und Weise nennt Mouffe Agonismus und meint damit eine Wir/Sie-Beziehung, „bei der die konfligierenden Parteien die Legitimität ihrer Opponenten anerkennen, auch wenn sie einsehen, dass es für den Konflikt keine rationale Lösung gibt“. (Mouffe 2007: 30)

Mouffe geht davon aus, dass das aktuelle „Unvermögen politisch zu denken“ (Mouffe 2007: 17) zu einem großen Teil seine Ursache im Hegemonieverständnis des Liberalismus hat. Daher bezieht sie sich in ihrer Kritik teilweise auf die Arbeiten Carl Schmitts, der den Liberalismus infragestellte.

Dabei ist zwischen zwei liberalen Hauptrichtungen zu unterscheiden, dem aggregativen Paradigma, das unter Politik die „Herstellung eines Kompromisses zwischen widerstreitenden Kräften in der Gesellschaft“ versteht (Mouffe 2007: 20) und dem deliberativen Paradigma, das eine Verbindung von Moral und Politik als Ziel hat. Das deliberative Paradigma ist, wie bereits oben gezeigt, dabei das verbreitetere Paradigma. Einer der Hauptvertreter des deliberativen Paradigmas ist Jürgen Habermas, der davon ausgeht, dass dieses Modell das einzig vernünftige zur Organisation von Gesellschaft ist (Mouffe 2007: 111). Habermas erkennt dabei zwar auch verschiedene Probleme des Modells, verurteilt aber Perspektiven wie Mouffes als grundsätzliche Unterwanderung der Demokratie (Mouffe 2007: 21). Dabei verkennt er, so Mouffe, dass die Forcierung des deliberativen Modells in der Realität zu blutigen Konflikten und zur Zerstörung von Kulturen führt. (Mouffe 2007: 113f.)

Schmitt sah zwar als einzig möglichen Pluralismus den der Staaten. Er ging davon aus, dass „zwischen liberalem Pluralismus und Demokratie“ ein Widerspruch bestand. Mouffe erweitert diese Auffassung von Pluralismus jedoch auch auf andere pluralistische Formen und nutzt Schmitts Kritik des liberalen Individualismus und Rationalismus, jedoch nicht die zum Teil problembehafteten anderen Theorieelemente. (Mouffe 2007: 22ff.)

Elias Canettis Arbeiten nutzt Mouffe als Grundlage für ihr Verständnis des Agonismus im politischen System. Canetti hat, so Mouffe, ein grundlegendes Verständnis davon, dass „die Aufgabe demokratischer Politik in der Herstellung ‚agonistischer‘ Beziehungen besteht“ (Mouffe 2007: 31). Canetti gesteht dem parlamentarischen System dabei eine bedeutende Rolle in der Art und Weise ein, wie Antagonismen in Agonismen umgeformt werden und somit eine, für demokratischen Pluralismus, konstituierende Aufgabe übernehmen. Daher bestehen deutliche Gefahren durch die Zerstörung parlamentarischer Institutionen, so wie dies durch den heute feststellbaren Legitimationsverlust und das Auftreten der populistischen Parteien forciert wird. Konsens bewirkt, wie bereits oben festgestellt, ein sinkendes Interesse an Politik und damit einen negativen Einfluss auf die Identitätskonstruktion durch die Teilnahme am politischen System per Abstimmung/Wahl. (Mouffe 2007: 31ff.)

4 Hardt/Negri: Empire und Multitude

Michael Hardt und Antonio Negri verfolgen mit ihren Werken „Empire“ und „Multitude“ ein anderes Ziel als Chantal Mouffe.

„Empire“ legt die Annahme zugrunde, dass nationalstaatliche Souveränität sich verändert hat und zu einer neuen globalen Form herangewachsen ist – dem Empire. Das Empire ist ein postkoloniales Machtmodell, welches auf eine globale Kommandostruktur rekurriert, deren Einflussbereich über die bekannten Staatsgrenzen hinaus reicht. Empire ist eine Theorie über die herrschenden globalen Eliten. Die „Multitude“ ist dazu das Gegenstück, denn in ihm beschreiben Hardt und Negri die basalen Elemente der beherrschten globalen Menge, der Multitude. Hardts und Negris Hauptziel ist es, eine Theorie zu entwickeln, welche die aktuellen Machtverhältnisse beschreiben kann. Sie analysieren dafür viele verschiedene Aspekte, die Auswirkungen auf die Bildung des Empires und der Multitude haben, angefangen in der historischen Entwicklung bis hin zu modernen Theorieaspekten. Ihr Theoriemodell lässt sich dabei kaum auf einige wenige Aspekte reduzieren, auch wenn es zentrale und besonders wichtige Merkmale der Entwicklung gibt, welche im Folgenden dargestellt sind.

4.1 Das Empire

Das Empire ist kein neues Phänomen, sondern die „Perfektionierung“ des Imperialismus, der sich in der Zeit der kolonialen Herrschaft entwickelte. Das Empire wird durch die Krise der internationalen Ordnung seit dem 17. Jahrhundert gefördert, auch Lösungsansätze wie die Gründung der Vereinten Nationen, welche oberhalb der Nationalstaaten auf globaler Ebene agieren soll, funktionieren nicht. (Hardt/Negri 2003: 20f., 127)

Das Empire setzt in seiner Konstitution auf das Recht und dessen Durchsetzung, da es als universal formuliertes Ziel das des herrschenden Friedens hat. Dabei garantiert das Empire Frieden und Gerechtigkeit für alle. Das Empire setzt dabei auf zwei basale Maßnahmen, die Durchsetzung seiner Autorität durch Krieg sowie die Kontrolle der biopolitischen Produktion. (Hardt/Negri 2003: 26)

Während früher der Krieg als bewaffneter Konflikt zwischen Nationalstaaten und als begrenzter Ausnahmezustand verstanden wurde, wird der Krieg im Empire „zum allgemeinen Phänomen, global und permanent“. Der Ausnahmezustand wird zur Regel, die Unterscheidung von Politik und Krieg verwischt. Krieg wird notwendig, um die gesellschaftliche Ordnung zu schaffen und aufrechtzuerhalten, daher wird ein moralischer Aspekt inkludiert. Es besteht die permanente „Erlaubnis“, gerechte Kriege gegen Barbaren und Rebellen zu führen. Ein Mittel dieses Vorgehen zu legitimieren, besteht in der ständigen Schaffung der Präsenz des Feindes, da

ansonsten Gewalt illegitim wird, weil sie es nicht schafft, Ordnung herzustellen. Durch diese Krisen und Konflikte wird darauf gezielt, die Integration des Empires und damit Frieden und gesellschaftliches Gleichgewicht voranzubringen. (Hardt/Negri 2004: 17, 27, 29ff., 47)

Substanziell für das Empire ist ein neues Verständnis von Souveränität. Im historischen Kontext bestand Souveränität in der letztendlichen Entscheidungsbefugnis des Nationalstaats um „dem Bereich des Sozialen eine Ordnung [...] aufzuzwingen“. Der Souveränitätsbegriff ist in diesem Kontext ein europäisch geprägter Begriff. (Hardt/Negri 2003: 83f)

In der Moderne kam es, so Hardt und Negri, zu einer Synthese von Souveränität und Kapital, da die Kontrolle über die Produktion gesichert sein musste, um herrschen zu können. Die nationale Souveränität wird in der Moderne durch Politik geschaffen, sie ist eine geistige Konstruktion, da jede imaginäre „Gemeinschaft als Nation übercodiert [wird]“ (Hardt/Negri 2003: 97ff, 120).

Der postmoderne Diskurs zielt darauf, den Begriff der Souveränität in seiner binären Differenzierung⁶ zu dekonstruieren. Dies ist, so Hardt und Negri, ein „Generalangriff auf die Aufklärung“, allerdings nur auf eine beschränkte Weise. Der Kampf selber ist in der vorliegenden Form rückwärtsgerichtet und die Gefahr besteht, dass sich auf alte Machtformen konzentriert wird. Hardt und Negri betonen, das, ihrer Ansicht nach, auch das Empire das Ziel hat, diese modernen Formen der Souveränität zu beseitigen und Differenzen hervorzuheben um Grenzen aufzuheben⁷. Dieses Ziel wird versucht über ein verändertes Prinzip der Souveränität zu erreichen, welches aus der Entwicklung der US-Amerikanischen Geschichte übernommen wird. (Hardt/Negri 2003: 152ff.)

Das amerikanische Souveränitätsprinzip hat nach Hardt und Negri drei basale Prinzipien. Zum einen geht der Begriff davon aus, dass nicht die Menge reguliert werden muss, sondern die Souveränität erst aus der Produktion der Menge heraus entsteht⁸. Weiterhin gibt es eine eigens geschaffene innere Grenze und ein Vertrauen auf die Ausübung von Kontrolle. Dritter und sehr exponierter Aspekt der amerikanischen Souveränität ist die Tendenz, „in Richtung eines offenen, expansiven Unternehmens auf unbegrenztem Terrain“ (Hardt/Negri 2003: 177). Diesem Aspekt wohnt die Betonung der Freiheit als zentraler Begriff inne, einer Freiheit, welche quasi „zum Souverän wird“. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurde allerdings offenbar, dass die USA kein Reich der Freiheit werden konnte, da kein offenes, unbegrenztes Territorium mehr vorhanden war, das dem expansiven Zweck dienlich war. Stattdessen entwickelte sich das amerikanische Modell in eine Richtung, die den USA erst imperialistische Züge, später dann imperiale Züge

⁶ „Ich und der Andere, [...] Drinnen und Draußen“ (Hardt/Negri 2003: 152).

⁷ Im Gegensatz zur Moderne gibt es im Empire kein Innen und Außen mehr. Grundlage dafür ist das kapitalistische Verständnis des Weltmarktes, in dem es kein Innen und Außen gibt, ein Weltmarkt der „den Globus umspannt“ (Hardt/Negri 2003: 198, 201).

⁸ Hardt und Negri weisen an anderer Stelle darauf hin, dass die imperiale Regierung wie ein Parasit von den Fähigkeiten der Menge lebt und ihre Vorgehensweisen am Handeln der Menge orientiert (Hardt/Negri 2003: 368f.).

verlieh⁹. Die USA verstand sich aus globalen Erwägungen heraus, so Hardt und Negri, als einzige Macht für internationale Gerechtigkeit, als „Friedenspolizist [...] in letzter Instanz“. Es ist dennoch hervorzuheben, so Hardt und Negri, dass trotz der zentralen Stellung der USA, das Empire kein amerikanisches Empire ist und die USA nicht der Mittelpunkt des Empires sind. (Hardt/Negri 2003: 181ff., 388ff.)

Die dem Empire zugrunde liegende Macht besteht, so Hardt und Negri, aus drei Elementen: einem inkludierenden, welches Differenzen zwischen den Individuen ignoriert und sich offen und liberal gegenüber allen darstellt, einem exkludierenden, welches kulturelle Differenzen betont, sie aber nicht gegenüberstellt und einem koordinierenden Element, in dem alle Differenzen hierarchisiert werden, um sie ökonomisch zu nutzen. (Hardt/Negri 2003: 209ff.)

Nach Hardt und Negri ist festzustellen, dass die imperiale Regierung „fraktal“ wird. Das heißt, sie versucht nicht mehr Konflikte durch Integration zu lösen, sondern Differenzen zu kontrollieren. Dies geschieht durch die Trennung zwischen der Regierung und dem „imperialen Kommando“, einer Struktur, welche mit drei Instrumenten Kontrolle ausübt: der Atombombe, mit deren Hilfe den Nationalstaaten die souveräne Entscheidung über Krieg oder Frieden genommen wird, der Kontrolle des Weltmarktes und somit jeglicher Geldflüsse sowie der Kontrolle jeglicher globaler Kommunikation. (Hardt/Negri 2003: 348, 351ff.)

Neoliberale, kapitalistische Elemente sind die Grundlage des Empires, da dort „ökonomische Produktion und politische Konstitution [zusammenfallen]“ (Hardt/Negri 2003: 55). Der Produktion zugrunde liegt dabei der biopolitische Charakter der Macht. Biomacht, so Hardt und Negri, kontrolliert das soziale Leben von innen heraus. Sie kontrolliert das Leben selbst, denn dieses wird in der kapitalistischen Gesellschaft des Empires zum Produktionsfaktor. Die Zivilgesellschaft wird quasi „vom Staat absorbiert“ (Hardt/Negri 2003: 38ff.). Biomacht ist dabei nicht nur Machtausübung durch eine mögliche Massenvernichtung, sondern auch eine Form der Gewalt gegenüber dem Individuum. (Hardt/Negri 2004: 35)

Der Grund für die Schaffung dieser biopolitischen Kontrolle hat seine Wurzeln in der Fortentwicklung der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft der Moderne¹⁰. Die in der kapitalistischen Gesellschaft immer wichtiger werdenden multi- und supranationalen Unternehmen sind verantwortlich für die Herstellung einer neuen Elite und benötigen die Nationalstaaten als Instrumente der Überwachung ihrer Produktionsmittel – der Menschen. Die vereinfachten Möglichkeiten der Kommunikation ermöglichen die Organisation dieser Globalisierung.

⁹ Zwischen Imperialität und Imperialismus ziehen Hardt und Negri dabei eine deutliche Grenze. Während die USA heutzutage imperial handelt in dem sie den offenen Raum des Empires neu organisiert, besteht das zentrale Wesensmerkmal des Imperialismus in der linearen Machtausweitung in geschlossenen Räumen durch Besetzung und Unterwerfung. (Hardt/Negri 2003: 194)

¹⁰ Der Ursprung dieser Fortentwicklung bestand in den Umstrukturierungen der Wirtschaft und der Schaffung des „New Deal-Prinzips“ in den USA als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 1929. (Hardt/Negri 2003: 253)

Hardt und Negri weisen darauf hin, dass das Kapital innerhalb des Empires so stark geworden ist, dass einige Theoretiker davon ausgehen, dass das Kapital in einem nachhaltigen, ökologischen Verhältnis zu seiner Umwelt existiert. Hardt und Negri lehnen diesen Ansatz ab und zeigen auf, dass die Möglichkeit besteht, dass einfach nur „die vollständige Erschöpfung der Umwelt noch nicht erreicht ist und der Moment, da der Kapitalismus an die Grenzen stößt, und die ökologische Katastrophe noch bevorsteht“¹¹. (Hardt/Negri 2003: 53, 57)

Transnationale Konzerne übergehen dabei nationalstaatliche Grenzen und setzen ihre kapitalistischen Interessen durch. Obwohl sie die Autorität der Nationalstaaten übergehen, ist ihr Ziel, diese aufrechtzuerhalten, da sie das Mittel sind, Interessen durchzusetzen. Während in der Phase globaler Eroberungen der Imperialismus für das Überleben des Kapitals verantwortlich war, ist das Kapital nun dafür verantwortlich, dass nationalstaatliche Differenzierungen aufrecht erhalten werden. (Hardt/Negri 2003: 317f., 341ff.)

Ein basales Element des Empires ist außerdem die Korruption. Nach Hardt und Negri kann imperiale Ökonomie nicht anders als über Korruption funktionieren, sie ist der „modus operandi“ des Systems. Korruption gestaltet dabei die Ordnung der Produktion. Sie hat allerdings keinen Einfluss auf die Transformation von Regierungsformen, so wie dies in der Antike der Fall war. (Hardt/Negri 2003: 214, 398; Hardt/Negri 2004: 201f.)

4.2 Die Multitude

Zentraler Aspekt des Empires ist die Multitude. Die Multitude ist im Gegensatz zu Begriffen wie Volk, Masse oder Arbeiterklassen zu sehen¹², denn in ihr bleiben soziale Differenzen bestehen. Ihr Ziel ist die Schaffung von Gleichheit und Freiheit über eine offene, demokratische Gesellschaft. Sie ist, so Hardt und Negri, die „lebendige Alternative im Inneren des Empire“, die, umgeben von imperialer Souveränität, versucht, eine andere, bessere Gesellschaft zu schaffen. (Hardt/Negri 2004: 7ff., 14)

In der Multitude werden vor allem vier übergeordnete Kritikpunkte thematisiert (Hardt/Negri 2004: 299ff.):

1. Beschwerden über Repräsentation¹³: Innerhalb des politischen Systems existiert eine, z.B.

¹¹ Angesichts des Zusammenbruchs des internationalen Finanzsystems seit 2008 und den verzweifelten Versuchen der Nationalstaaten dieses zu retten, ist davon auszugehen, dass Hardt und Negri mit ihrer Vermutung recht hatten. Zwar existiert noch keine, zur Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichbare Situation, Anfänge einer deutlichen Depression sind jedoch erkennbar.

¹² Dabei ist zwischen Klassen und Arbeiterklassen zu differenzieren. „Multitude ist ein Klassenbegriff“ (Hardt/Negri 2004: 121), aber sie steht im Gegensatz zum Konzept der Arbeiterklasse, da sie die Zusammensetzung aller ist, die unter dem Kapital arbeiten. Sie widersteht daher der Herrschaft des Kapitals, umfasst aber weit mehr als der historische Begriff der Arbeiterklasse. (Hardt/Negri 2004: 124f.)

¹³ Hardt und Negri orientieren sich an Max Weber und unterscheiden drei Typen von Repräsentation: bei der appropriierten Repräsentation eignen sich die Repräsentanten Entscheidungsmacht an und werden nicht kontrolliert. Bei der freien Repräsentation verfügen die Repräsentierten über eine direkte Verbindung zu den Repräsentanten, aber keine Kontrolle. Nur bei der gebundenen Repräsentation besteht eine unmittelbare ständige Kontrolle der Repräsentierten über die Repräsentanten. (Weber 1921/1972: 77ff.)

durch Lobbyismus beeinflusste, verzerrte Repräsentation im Wahlsystem. Auch internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfond (IWF) oder die Vereinten Nationen repräsentieren nicht in geeigneter Form, da die Organisationsmitglieder ihrerseits von Nationalstaaten benannt werden, in denen keine geeignete Repräsentation existiert.

2. Beschwerden über Rechte und Gerechtigkeit: Auf globaler Ebene gibt es keine Struktur zur Durchsetzung von Menschenrechten.

3. Ökonomische Beschwerden: Weltweit leiden Menschen unter Armut und Elend. Zum Teil existieren sie nur unter menschenunwürdigen Bedingungen.

4. Biopolitische Beschwerden: Darunter sind verschiedene Aspekte zusammengefasst, wie z.B. Rassismus, Diskriminierung, die Kontrolle von Wissen oder ökologische Klagen.

Um die genannten Kritikpunkte zu lösen setzen sich einige favorisierte Lösungen ab. Als Lösungsansätze zur Verbesserung der Repräsentation wird beispielsweise mehr Transparenz, die Einführung von Rechenschaftspflichten und eine Umstrukturierung oder Abschaffung des UN-Sicherheitsrates gefordert. Das Problem bei allen Formen der Repräsentation ist aber, so Hardt und Negri, dass der Sprung von einer nationalen auf eine globale Ebene zu groß ist, um mit den traditionellen Repräsentationsmodellen nach Weber (vgl. Fn. 13) zu arbeiten. Zur Reformierung der Menschenrechte wird von den Nationalstaaten die Einrichtung von Wahrheitskommissionen oder von internationalen Gerichtshöfen favorisiert. Unberücksichtigt bleibt aber dabei, dass gegenwärtig sogar eine Tendenz zur Rücknahme von Rechten besteht und sich die mächtigsten Nationen solchen Verfahren entziehen können. Um ökonomische Probleme zu beheben, gibt es Vorschläge zur Reformierung des internationalen Steuersystems oder zur Veränderung des Urheberrechts, um die Kontrolle über Wissen zu reformieren. Dabei besteht jedoch die Schwierigkeit, dass diese Vorschläge auf „das wohlwollende Handeln souveräner Nationalstaaten“ setzt und die staatliche Kontrolle nicht abgeschafft wird. Auch die Lösungen für biopolitische Beschwerden, wie die Schaffung globaler Behörden für Wasser oder Kommunikation, sind nicht geeignet demokratische Partizipation zu erreichen, da sie eine „zentrale Autorität“ einrichten wollen. Den Beschwerden gemein ist, so Hardt und Negri, dass sie durch Demokratie gelöst werden könnten, nicht aber durch die genannten Reformvorschläge. (Hardt/Negri 2004: 321 ff.)

Die Multitude ist, wie bereits oben gezeigt, eine neue Form der Menge. Hardt und Negri gehen davon aus, dass nur die Multitude in der Lage ist, Demokratie zu verwirklichen, da sie die Möglichkeit hat, in der Gesamtheit politisch zu handeln. Das politische Handeln ist dabei auch das einzige Mittel gegen das Empire. (Hardt/Negri 2004: 117f.; Hardt/Negri 2003: 401)

Wichtigste Bedingung für das Entstehen der Multitude ist dabei das „Gemeinsamwerden der Arbeit“, das heißt, das auch alle von Lohnarbeit ausgeschlossenen in der Multitude inkludiert

werden, da sie Gesellschaft durch immaterielle Arbeit¹⁴ mitpraktizieren. Es gibt de facto keinen Unterschied mehr zwischen arbeitslosen Armen und Erwerbstätigen. (Hardt/Negri 2004: 149ff.) Bereits seit den 60er Jahren ist zu beobachten, dass sich Arbeiter gegen die Regime stellen. Die Regime, insbesondere die USA, reagierten darauf hauptsächlich durch Repression um zu verdeutlichen, dass die USA die Spitze des imperialen Kommandos (und der Ausbeutung) bilden. Im Entwicklungsschritt von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft weiteten sich diese Kämpfe aus und erzwangen „Veränderungen in der Qualität und der Natur von Arbeit“. (Hardt/Negri 2003: 272, 284)

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wandelte sich die Form der Rebellion. Während sich anfänglich Aufstände in die Bildung einer Volksarmee bündelten, welche nach der Machtübernahme häufig das Ziel von Demokratie nicht erreichte, wandelte sich die konkrete Form der Aufstände in die Bildung von Guerillagruppen. Diese Guerillaverbände, so Hardt und Negri, sind aber „bestenfalls Übergangsformen“, da es auch bei diesen in Folge der Revolution zu einer Zentralisierung und Hierarchisierung kommt. (Hardt/Negri 2004: 81, 87ff.)

Nach Hardt und Negri ist zu beobachten, dass der Guerillakrieg sich zu einer Form von Netzwerkkämpfen wandelt. Die Netzwerke, die sich in der Multitude bilden, manifestieren sich in Form von sozialen Bewegungen, deren Ziel nicht die Machtübernahme, sondern die Einbringung ihrer Interessen ist. Diese Netzwerke lehnen Hierarchien ab und setzen sich Demokratie und Freiheit als permanente Leitziele. (Hardt/Negri 2004: 97ff.)

Hardt und Negri unterscheiden dabei drei Stufen des traditionellen Widerstands: Auf einer ersten Ebene wird die politische und ökonomische Organisation, z.B. durch Streiks, in Frage gestellt. Als zweites setzen sich Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen über die Rechtsordnung hinweg und fordern die beherrschende Ordnung heraus. Auf der dritten Ebene versuchen eine Volksarmee oder Guerillaverbände den Umsturz. Die Besonderheit der neu entstehenden Netzwerkbewegungen ist dabei, so Hardt und Negri, das sie alle diese drei Schritte gleichzeitig ausführen können. Das Regime des Empires hat dabei deutliche Probleme mit dieser Form des Widerstands umzugehen. In der Gegenwart haben sich militärische Strategien verändert, das Abschreckungsmodell des kalten Krieges funktioniert nicht mehr. Der Netzwerkfeind ist schwieriger zu bekämpfen als traditionelle Feindbilder. (Hardt/Negri 2004: 56, 72ff., 106ff.)

¹⁴ Ausführliche Erläuterungen zum Begriff der immateriellen Arbeit finden sich bei Hardt/Negri 2004: 126ff.

5 Mouffes Kritik an der Empire-Theorie

Chantal Mouffe greift in ihrer Kritik der kosmopolitischen Theorien, wie in Abschnitt 3.2 bereits angedeutet, auch die Empire-Theorie von Hardt und Negri auf, da diese als „kommunistisches Manifest für das einundzwanzigste Jahrhundert“ (Mouffe 2007: 140) und relevante globalpolitische Vision wahrgenommen wird. Mouffe stellt jedoch bereits eröffnend fest, dass das Empire auch zur kosmopolitischen Perspektive hinzuzuzählen ist, auch wenn es eine sehr weit links stehende Perspektive enthält. (Mouffe 2007: 140f.)

Zentrale Kritik Mouffes an Hardts und Negris Arbeit ist die Annahme, dass es kein Zentrum imperialer Macht gäbe. Mouffe verweist dabei explizit auf das Ereignis und die Folgen des 11. Septembers 2001 sowie darauf, dass nach Hardt und Negri die USA zwar nicht das Zentrum der Macht darstellen, jedoch einen bedeutenden Anteil am Entstehen des Empires haben. Exemplarisch kann dafür angeführt werden, dass das basale Souveränitätsprinzip des Empires auf dem US-amerikanischen aufbaut und viele seiner kulturellen Aspekte innerhalb der europäischen Nationalstaaten als Vorbild dient (vgl. Abschnitt 4.2; Hardt/Negri 2003: 388ff.). Diese Unterschätzung der Rolle der USA steht, so Mouffe, im Einklang mit der Sichtweise der kosmopolitischen Theoretiker. Mouffe selber verweist nur an dieser Stelle auf ihre offensichtlich grundlegende Annahme, dass die USA Zentrum der Macht sind.

Mouffe verweist weiterhin darauf, dass Globalisierung in der postpolitischen Perspektive als Schritt nach vorn angesehen wird, ebenso wie bei Hardt und Negri, auch wenn diese darin einen Weg sehen, Ziele zu erreichen, während die Theoretiker des dritten Weges die Globalisierung selber als Ziel sehen (Mouffe 2007: 143). Mouffe geht weiterhin davon aus, dass Hardts und Negris Ziel eine souveränitätsfreie Weltordnung zu schaffen, im Einklang mit den Forderungen der kosmopolitischen Theoretiker steht. (Mouffe 2007: 144)

Als besonders kritisch erachtet Mouffe die Herangehensweise an die Lösung der Probleme. Sie geht davon aus, dass es „Empire ernstlich an einer politischen Strategie“ (Mouffe 2007: 144) fehlt, Empire also einen eher apolitischen Charakter aufweist, der keine Möglichkeiten aufzeigt, eine Alternative zum Empire zu schaffen. Die von Hardt und Negri aufgezeigte Lösungsstrategie über die Bildung einer Multitude hält sie für „hohle Rhetorik“ (Mouffe 2007: 143), da allen wesentlichen Fragen aus dem Weg gegangen wird. (Mouffe 2007: 145f.)

Mouffe weist darauf hin, dass es ein schwerer Fehler der Globalisierungsgegner wäre, die Ansätze der Empire-Theorie zu übernehmen. Hardt und Negri, so Mouffe, sehen als Vorteil an, dass die verschiedenen Gruppierungen sich nicht miteinander verständigen können, da sie dadurch gezwungen sind, direkt von einer lokalen Ebene auf das „virtuelle Zentrum des Empires“ zu springen (Mouffe 2007: 147f.). Mouffe zitiert Hardt und Negri an dieser Stelle, dies

jedoch nicht vollständig. Hardt und Negri weisen darauf hin, dass das „Fehlen einer gemeinsamen Sprache von Kämpfen“ (Hardt/Negri 2003: 70) ein Hindernis darstellt und nur möglicherweise dies ein Vorteil sein kann: „*Vielleicht* ist die Nichtkommunizierbarkeit der Kämpfe, das Fehlen wohlgeordneter kommunizierender Gänge, in Wirklichkeit eher eine Stärke als eine Schwäche“¹⁵ (Hardt/Negri 2003: 71).

Sie sieht zuletzt ein Problem darin, dass bei Hardt und Negri ein „überaus negatives Bild [...] von lokalen und nationalen Initiativen“ gezeichnet wird (Hardt und Negri fordern, dass Widerstand auf globaler Ebene stattfindet), da ihrer Ansicht nach nur auf diesem Wege antagonistische Tendenzen in agonistische gewandelt werden können und auf dem von Hardt und Negri beschriebenen Weg die Initiativen der Globalisierungsgegner bedeutungslos würden (Mouffe 2007: 148f.). Unberücksichtigt bei dieser Kritik lässt sie jedoch ihre eigene Forderung an die Linke, von nationalen Ebenen auf eine übergeordnete Ebene (Mouffe nennt hier die europäische) zu wechseln. (Mouffe 2007: 167)

Das grundlegende Problem der gesamten Theorie des Empires liegt dabei, so Mouffe, in der Vision nach einer Weltordnung, in welcher die Souveränität der Nationalstaaten überwunden wurde, da diese „Sehnsucht“ das Verständnis der gegenwärtigen Herausforderung übergeht. (Mouffe 2007: 150)

¹⁵ Hervorhebung durch den Autor.

6 Systemreformen zur Problembhebung

6.1 Mouffe: Multipolare Weltordnung und Umdenken der Politik

Mouffe setzt sich mit ihrer Analyse der aktuellen demokratischen Situation und der verschiedenen Theorien der zweiten Moderne das Ziel darzustellen, wieso diese Theorien ungeeignet sind, bestimmte Entwicklungen zu erklären und insbesondere, wie Probleme angegangen werden können. Dabei reduziert Mouffe dies auf drei elementare Wege:

1. Eine unipolare Weltordnung bringt verschiedene Gefahren, wie das wahrscheinlichere Entstehen antagonistischer Konflikte, mit sich, daher muss es Ziel sein, „die Illusion [...] einer geeinten Welt aufzugeben und an der Gründung einer multipolaren Welt zu arbeiten“. Die Linke, welche sich zur Zeit auf lokaler Ebene „abschottet“, ist gefordert, im europäischen Raum auf eine multipolare Weltordnung hinzuarbeiten, auch wenn sie im europäischen Raum die Gefahr der Durchsetzung des Neoliberalismus wahrnimmt. (Mouffe 2007: 13, 151ff., 167ff.)

2. Nur über das multipolare Projekt, so Mouffe, kann es möglich sein, eine pluralistische Demokratie zu schaffen. Dafür ist es erforderlich, dass der konstitutive Charakter des Pluralismus anerkannt wird. Da es nach Mouffe ein „jenseits von Hegemonie“ nicht geben kann, muss die Hegemonie pluralisiert werden. Pluralismus muss dabei sehr weite Grenzen haben, es kann dabei auch zum Pluralismus gehören, dass nicht zwangsläufig das liberale Demokratiemodell übernommen wird. Um diese Form des Pluralismus durchzusetzen, bedarf es Institutionen, die ihrerseits ein erhebliches Maß an Pluralismus in der Regelung internationaler Beziehungen benötigen. Dies löst in der Folge auch weitere Probleme, wie z.B. die des Terrorismus. (Mouffe 2007: 108, 154f., 161, 169)

3. Zuletzt hält Mouffe ein Umdenken in der Politik für erforderlich. Politik muss wieder demokratischer werden, zum Beispiel über eine deutliche Unterscheidung zwischen Rechts und Links. Sie muss auch die Politik der neuen gesellschaftlichen Bewegungen, die in der zweiten Moderne als „Subpolitik“ oder „Politik der Lebensführung“ charakterisiert werden, umfassen. Größtes Ziel einer demokratischen Politik muss jedoch laut Mouffe sein, das „Aufkommen von Antagonismen unter Kontrolle zu halten“, indem Antagonismen in eine Wir-Sie-Beziehung transformiert werden, welche die Legitimität der Gegner anerkennt. Die agonistische Konfrontation ist, so Mouffe, sogar grundsätzliche Voraussetzung einer Demokratie, da eine demokratische Gesellschaft die Möglichkeit haben muss über Alternativen zu diskutieren. Mouffe weist jedoch auch darauf hin, dass eine demokratische pluralistische Politik nicht alle Forderungen als legitim akzeptieren kann. Wer sich gegen die Demokratie und ihre Institutionen stellt, ist kein legitimer Gegner. (Mouffe 2007: 24f., 42f., 71, 156ff.)

Wie oben bereits gezeigt, geht Mouffe davon aus, dass Politik häufig im „Register der Moral“

stattfindet, dies führt jedoch dazu, das „Antagonismen keine agonistische Gestalt annehmen [können]“. Politik darf daher nicht länger unter den moralischen Implikationen leiden, sondern muss wieder als Gesamtheit „der Verfahrensweisen und Institutionen [...] durch die eine Ordnung geschaffen wird, die das Miteinander der Menschen im Kontext seiner ihm von Politischen auferlegten Konflikthaftigkeit organisiert“ begriffen werden. (Mouffe 2007: 16, 99)

6.2 Hardt und Negri: Stärkung der Multitude durch mehrere Ansätze

Damit die Multitude entstehen konnte, bedurfte es eines gemeinsamen politischen Projekts, das nicht mehr über die alten Formen des Widerstands realisiert werden konnte¹⁶. Dies ist neben dem Kampf gegen die in Abschnitt 4.2 genannten Kritikpunkte vor allem der Kampf für Demokratie. Der anhaltende Kriegszustand innerhalb des Empires unterhöhlt jegliche Demokratie, so Hardt und Negri, da ein Ausnahmezustand zur Regel wird und die „Unterscheidung von Politik und Krieg verwischt“. (Hardt/Negri 2004: 27, 85, 257)

Die in Abschnitt 4.2 genannten Reformvorschläge fördern Demokratie nicht in ausreichendem Maße. Sie sind nicht nutzlos, jedoch müssen neue Modelle und Methoden geschaffen werden, um eine Demokratie zu schaffen, deren oberster Wert Frieden ist. (Hardt/Negri 2004: 338ff.)

1. Die Multitude muss als erstes Ziel verfolgen eine geeignete Form der Repräsentation zu schaffen, also das Empire zu einer gebundenen Form der Repräsentation in der Demokratie zu wandeln. Dies kann aber, so Hardt und Negri, nur ein erster Schritt sein, da nach wie vor keine „richtige“ Demokratie vorhanden ist (Hardt/Negri 2004: 269ff.). In der Vergangenheit ist deutlich geworden, dass bestimmte Hegemonialmodelle, wie der Sozialismus, trotz vieler positiver Elemente nicht in der Lage waren, eine gebundene Repräsentation zu schaffen, vielmehr integrierten sich die demokratisch-sozialistischen Parteien in das kapitalistische System. Ein erster Schritt die Probleme der Repräsentation zu überwinden, ist die Schaffung der öffentlichen Meinung, die ermöglicht, dass die Multitude „zum Ausdruck bringen [kann], was ihren Repräsentanten nicht gelang“. (Hardt/Negri 2004: 277ff., 286, 293)

2. Gegen das Empire zu sein kann bedeuten, Desertion und Exodus als grundlegende Prinzipien anzuwenden. Hardt und Negri halten sie für eine der „machtvollsten Formen des Klassenkampfes in der imperialen Postmoderne und zugleich gegen sie“. Hinzu muss die Weigerung kommen, sich ausbeuten zu lassen. Dieses „Sich-Entziehen“ kann aber nur das System unter Druck setzen, es jedoch nicht in konkreter Form reformieren. (Hardt/Negri 2003: 221f., 225)

3. Die Menge der Multitude muss neue Rechte fordern. Explizit nennen Hardt und Negri dabei

¹⁶ Hardt und Negri weisen darauf hin, das sich die Multitude in einer Phase des Übergangs befindet. Die endgültige Form ist dabei die Multitude, welche alle Hindernisse überwindet und die Freiheit der Entscheidung schafft. Die Form, in der sich die Gesellschaft gegenwärtig befindet ist eine Art „Noch-Nicht-Multitude“, also eine sich entwickelnde Multitude, die bereits grundlegende Merkmale der Multitude innehat, diese aber noch nicht in ihrer Vollständigkeit überwinden kann. (Hardt/Negri 2004: 248)

das Recht auf eine Weltbürgerschaft, auf die freie Entscheidung „ob, wann und wohin [die Menge] sich bewegt“, das Recht auf einen sozialen Lohn sowie das Recht auf Wiederaneignung von Produktionsmitteln, also dem „freien Zugang zu und Kontrolle über Wissen, Information, Kommunikation und Affekte“. (Hardt/Negri 2003: 407ff.)

4. In dem Moment, in welchem Krieg zur hegemonialen Herrschaftsform wurde, kann nach Hardt und Negri zur Erreichung der Demokratie nur ein Krieg gegen den Krieg geführt werden. Dabei muss Gewalt nur das Mittel, nicht aber der Zweck sein, nur zu Verteidigungszwecken angewandt werden und demokratisch organisiert sein. Gewalt darf dabei nicht im Sinne des Empires verstanden werden, das heißt, Gewalt darf nicht über Massenvernichtungswaffen (im Sinne von Nuklearwaffen, aber auch im Sinne von Gewehren, Panzern etc.) realisiert werden, sondern muss andere Mittel suchen. Hardt und Negri sehen dabei sehr positive Ansätze in der nicht-physischen Gewaltanwendung in Form von „Kiss-ins“ oder „Formen von Karneval und Mimikry, wie sie heute bei Anti-Globalisierungsprotesten häufig zu finden sind“ (Hardt/Negri 2004: 376ff.). Ein Problem der Multitude ist dabei, dass vielen Kämpfen eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsamer Gegner fehlt, da das Empire sehr virtuell erscheint. Der Widerstand gegen das Empire kann aber nur durch die Schaffung eines „Gegen-Empires“ erfolgen, jeder Widerstand muss global und nicht lokal erfolgen. (Hardt/Negri 2003: 69f., 218f.)

7 Fazit

Sowohl Chantal Mouffe als auch die von ihr kritisierten Theoretiker der kosmopolitischen Perspektive sowie Michael Hardt und Antonio Negri stellen ein ganz ähnliches Grundproblem fest. Alle Autoren sind der Ansicht, dass es einen deutlichen Demokratie- und Legitimationsverlust gegeben hat. Mouffe und Hardt/Negri gehen davon aus, dass es zwischen den traditionellen Parteien kaum mehr Unterschiede gibt. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass seit der Perestroika die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien nicht mehr existieren oder den Neoliberalismus übernommen haben und nicht länger eine Politik betreiben, welche sich am Keynesianismus orientiert – es gibt eine Hegemonie des Kapitalismus, die neoliberalen Parteien sind auf dem Vormarsch.

Mouffe und Hardt/Negri sind sich ebenfalls darin einig, dass ein Hauptmittel der Herrschenden zur Herstellung einer Gesellschaftsordnung die Moralisierung von Konflikten ist. Eine Moraldimension von Gut/Böse wird nicht mehr nur gegenüber verfeindeten Nationalstaaten angebracht, sondern zunehmend auch im Inneren verwendet, um „gerechte Kriege“ gegen diejenigen zu führen, die das vorherrschende System ablehnen und zu beseitigen versuchen.

Die hier näher betrachteten Autoren sind sich darüber einig, dass es notwendig ist, mehr Demokratie zu schaffen, um diese Probleme zu lösen. Uneinig sind sie sich jedoch zum einen über den Demokratiebegriff an sich, und über die Mittel und Wege die anzuwenden sind, um mehr Demokratie zu schaffen. Insgesamt bleiben jedoch beide Beschreibungen sehr vage in ihren Formulierungen.

Mouffe insistiert auf eine demokratischere Politik, legt jedoch weiterhin eine repräsentative Demokratie als basales System zugrunde. Sie fordert einen größeren Pluralismus, um Antagonismen in Agonismen umzuwandeln. Hardt und Negri auf der anderen Seite sind sich darüber einig, dass eine repräsentative Demokratie grundlegend abzulehnen ist. Zwar sehen sie eine Möglichkeit darin, vorerst die vorherrschende Demokratie in eine Form der gebundenen Demokratie umzuwandeln, in der die Repräsentierten die Repräsentanten kontrollieren. Dies jedoch kann, so Hardt und Negri, nur ein Anfang sein. Grundlegendes Ziel muss jedoch die Beseitigung des Empires und der, durch die neoliberalen Kräfte im Empire gesteuerten, Nationalstaaten sein.

Sowohl bei Mouffe als auch bei Hardt und Negri sind dabei jedoch die Methoden der Reformierung nur sehr vage umrissen.

Bei Mouffe bleibt vollständig unberücksichtigt, wie die Pluralisierung und Demokratisierung geschehen soll. Ihrer Ansicht nach darf es keine unipolare Weltordnung geben, da Demokratie nur geschaffen werden kann, wenn es einen deutlichen Pluralismus gibt. Sie fordert dabei die

Linke auf, auf eine multipolare Weltordnung hinzuarbeiten – wie dies konkret geschehen soll, sagt sie jedoch nicht. Sie postuliert ein Umdenken in der Politik, damit auch neue gesellschaftliche Bewegungen erfasst werden, eine schärfere Unterscheidung zwischen Links und Rechts und eine Radikalisierung, unklar bleibt jedoch dabei, wie sie sich das vorstellt.

Auch Hardt und Negri sind bei ihren Vorschlägen, auch wenn diese schärfer umrissen sind als bei Mouffe, recht unkonkret. Es bleibt außen vor, wie die Multitude den ersten Schritt – die gebundene Repräsentation – schaffen soll. Die Schaffung einer öffentlichen Meinung, so Hardt und Negri, kann nur ein Teilschritt sein – weitere Schritte nennen sie nicht. Auch Desertion und Exodus halten sie nur für einen Teilschritt, ebenso wie der Krieg gegen den Krieg des Empires – dort sehen sie nur positive Ansätze in nicht-physischer Gewalt. Sie lassen außen vor, inwiefern die Forderung nach mehr Rechten das Empire stürzen soll, da nicht klar wird, wie das global agierende „Gegen-Empire“ vorgehen sollte.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Empire-Theorie von Michael Hardt und Antonio Negri zwar ein sehr umfangreich ausgearbeitetes Konzept ist, welches zahlreiche Probleme nennt, jedoch über die gesamte Länge der beiden Werke unklar bleibt, wie dies geschehen soll. Neben den zahlreichen Widersprüchen – beispielhaft sei hier genannt, dass Hardt und Negri auf der einen Seite problematisieren, dass das Kapital eine deutliche Flexibilität und Mobilität der Arbeiter fordert, auf der anderen Seite aber gleichzeitig selber fordern, dass die Menge mobil werden muss um das Kapital zu bekämpfen – formulieren Hardt und Negri zwar einen äußerst umfangreichen geschichtlichen Unterbau, jedoch bleiben viele Elemente der heutigen Zeit, welche einen Einfluss auf die heutigen gesellschaftlichen Problem haben, außen vor. Beispielhaft sei hier angeführt, dass sie die immaterielle Arbeit, also die Produktion von Gütern wie Wissen oder Dienstleistungen als Grundlage für elementaren Kommunismus hochloben, dabei aber die tatsächliche Situation vollständig außen vor lassen – an dieser Stelle könnte man an die Unterbezahlung oder Überarbeitung von „Wissensarbeitern“ denken.

Aber auch die Theorie von Mouffe bietet zahlreiche Ansätze für Kritik. Die „Über-Hegemonie“ der „Hypermacht USA“, welche alles beherrscht, bleibt anzuzweifeln. Ebenso verworren scheint die konkrete Übertragung des Konzepts auf die Realität zu sein: sie fordert eine Radikalisierung der Politik und einen deutlichen aber friedvollen Dissens – wie soll dies möglich sein? Parteien, die keinen Konsens finden, können auch keine Politik durchführen, es sei denn, Mouffe geht davon aus, dass es nur Zwei-Parteiensysteme gäbe – was dann wiederum ihrer Forderung nach Pluralität widersprechen würde. Nahezu bei allen Theoretikern, die Mouffe in ihrem Werk kritisiert, liegt keine fundierte wissenschaftliche Analyse vor, sondern eine polemische „Abrechnung“ die nur wenig theoretisch fundierten Unterbau hat.

8 Quellen

- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2003)** „Empire – Die neue Weltordnung“. Frankfurt a.M.: Campus
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2004)** „Multitude – Krieg und Demokratie im Empire“. Frankfurt a.M.: Campus
- Kreisler, Harry (2004)** „Conversations with History – Michael Hardt“. Berkeley: Institute of International Studies, UC Berkeley. Internetquelle [abgerufen am 23.08.2009]: <http://globetrotter.berkeley.edu/people4/Hardt/>
- Lauermann, Manfred (2006)** „Michael Hardt & Antonio Negri: Kulturrevolution durch Multitudo“. In: Moebius, Stephan; Quadflieg, Dirk „Kultur. Theorien der Gegenwart“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Mouffe, Chantal (2007)** „Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion“. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Mouffe, Chantal (2009)** „Academical Staff at University of Westminster: Chantal Mouffe“. Internetquelle [abgerufen am 23.08.2009]: <http://www.wmin.ac.uk/sshl/page-1527>
- Negri, Antonio; Scelsi, Rav V. (2009)** „Das Ungeheuer und die globale Linke“. Berlin: Edition Tiamat/Bittermann
- Nonhoff, Martin (2007)** „Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe“. Bielefeld: transcript
- Vulliamy, Ed (2001)** „The Observer Profile: Michael Hardt – Empire hits back“. In: The Observer 15.07.2001. London
- Weber, Max (1921/1972)** „Wirtschaft und Gesellschaft“. 5. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck
- Weltz, Alexandra; Pichler, Andreas (2004)** „Antonio Negri. Eine Revolte, die nicht endet“. Dokumentarfilm. Berlin u.a.: Gebrüder Beetz/arte/ZDF